

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

16.3.1929 (No. 64)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
E. Umenh,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassensatz gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Künstliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, präventiver Betreibung, und Konfiskationsverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Besatz, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Pariser Schuldenkonferenz

Eine Vollziehung der Sachverständigen

Am Freitag in Paris stattf. Dabei wurde ein Zwischenbericht Lord Reelstokes über die Arbeiten seines Unterausschusses entgegengenommen, der sich bekanntlich mit dem Kapital der Reparationsbank, den Beziehungen zwischen den Notenbanken und der Zentralorganisation, sowie mit der Kreditorganisation beschäftigte. Ein endgültiger Bericht soll der Konferenz voraussichtlich am Montag vorgelegt werden. Aber die wesentlichen Fragen soll völliges Einvernehmen erzielt worden sein. Der Bericht des Perkins-Ausschusses über das Sachlieferungsverfahren wird darauf Rücksicht zu nehmen haben, daß die Sachlieferungen in etwa 8-10 Jahren vollständig abgebaut werden sollen. Es heißt jetzt, daß sich sämtliche Konferenzmitglieder über die Gründung der Zentralbank einig sind, und daß die Arbeiten über den Ausbau der Bank einen bedeutenden Fortschritt gemacht haben.

Englische und französische Meldungen

W.D.W. London, 16. März. (Tel.) „Daily Telegraph“ berichtet aus Paris über eine hoffnungsvollere Stimmung. Die Arbeit am Aufbau des Gefüges der geplanten internationalen Bank schreitet, so heißt es in dem Bericht, ohne wirkliche Meinungsverschiedenheit fort. Außer den Deutschen sieht jedermann Sachlieferungen als unangenehme, wenn auch vielleicht notwendige Zahlungsart an, und das Bestreben geht auf ihre schrittweise Verminderung hin. In amerikanischen Kreisen wird der Gedanke, daß die geplante Bank eine „Überbank“ sein werde, als falsch bezeichnet. Es wird erklärt, der wahre Anteil Amerikas am Bankkapital werde einen so geringen Teil des Gesamtkapitals ausmachen, daß die Befürchtung einer amerikanischen Beherrschung hinfällig wird. Einigen Berichten zufolge fanden weitere Besprechungen über die Höhe der deutschen Schuld statt, und in verschiedenen gut unterrichteten Kreisen besteht ein Gefühl des Optimismus.

„Times“ meldet aus Paris, es bestehe guter Grund zu der Hoffnung, daß die Organisation der Bank zur Behandlung der Reparationen vor Ort vollkommen entworfen und daß damit das Stadium erreicht sein wird, die entscheidende Frage der Höhe und der Zahl der deutschen Annuitäten zu erwägen.

W.D.W. Paris, 16. März. (Tel.) Über die allgemeinen Eindrücke der Lösung, die man angeblich in gewissen Delegationen der Reparationskonferenz ins Auge gefaßt hat, glaubt der „Petit Parisien“ mitteilen zu können, der ungeschickte Teil der deutschen Zahlungen würde zur Deckung der von den alliierten Ländern, hauptsächlich von Frankreich, für den Wiederaufbau gemachten Ausgaben dienen. Dieser Teil würde mobilisiert und das Kapital auf dem Anleihewege den interessierten Ländern in einigen Jahren eingehändigt werden. Er würde sich einschließlich der zu zahlenden Zinsen auf 1500 Millionen Goldmark jährlich belaufen. Der durch ein Transformatorium geschaffte Teil der Zahlungen würde zur Begleichung der interalliierten Schulden verwendet werden. Diese Teil u. den würden progressiv gestaffelt werden. Die Höhe der alliierten Schulden belaufe sich gegenwärtig auf über 900 Millionen Goldmark jährlich und werde in 15 Jahren 1700 Millionen erreichen. Nach dem geplanten Projekt würden die deutschen Annuitäten dieser Kategorie einer gleichmäßig fortschreitenden Erhöhung unterworfen werden. Der „Petit Parisien“ will übrigens erfahren haben, daß man in der gestrigen Sitzung als Kapital für die geplante Zentralbank eine Summe von annähernd 100 Millionen Dollars genannt habe.

Ende Februar noch geringe Zunahme der Arbeitslosigkeit

In der zweiten Februarhälfte hat sich die Zahl der Unterfrühungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung noch um etwa 100 000 Personen erhöht. Am 28. Februar gab es in der Arbeitslosenversicherung einschließlich Sonderfürsorge bei berufsunfähiger Arbeitslosigkeit rund 2 460 000 Hauptunterstützungsempfänger gegen rund 2 360 000 am 15. Februar. Davon waren nach vorläufigen Ermittlungen etwa 940 000 Personen in der Sonderfürsorge. Die Zunahme betrifft ganz überwiegend diese Gruppe, während der Arbeitslosenversicherung — zum ersten Male seit vielen Monaten — ein kleiner Rückgang der Unterfrühungen zu verzeichnen ist. Die geringe Zunahme der Krisenunterstützten um rund 7000 Personen hat für das Gesamtergebnis keine wesentliche Bedeutung.

Die Schichau-Sanierung. Dem Reichstag ist jetzt auch der Gesetzentwurf zur Sanierung des Schichau-Unternehmens zugegangen, der am Montag beraten werden soll. Er ermächtigt die Reichsregierung, die Schichauwerke in Göbing und Danzig in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln und sich mit einem Betrage bis zu 14 Millionen daran zu beteiligen, sowie für das erste Geschäftsjahr bis zu 2,34 Millionen Zuschuß zu gewähren.

Die Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn. Am 20. März wird auf der eigentlichen, von Westen nach Osten verlaufenden Berliner Stadtbahn und den anschließenden Vorortstrecken nach Potsdam, Spandau, Kaulsdorf, Ortnow und Grünau der Fahrplan für den vollen elektrischen Betrieb eingeführt. Damit verschwinden die Dampflokzüge endgültig von den Gleisen der Stadtbahn. Die Zugfolge wird von 2 1/2 auf 2 Minuten verdichtet, so daß im Berufsverkehr stündlich 25 Züge fahren statt bisher 24. Die Verkürzung der Reisezeiten beträgt rund 25 Prozent.

Letzte Nachrichten

Großbankkredit für das Reich

150 Millionen Reichsmark auf 4 Wochen

Pr. Berlin, 16. März. (Priv.-Tel.) Wie die „B. Z.“ erzählt, hat das Reich mit einer Reihe privater Berliner Geldgeber in diesen Tagen einen Kreditvertrag abgeschlossen. Es handelt sich um eine Summe von 150 Millionen Reichsmark, die dem Reich bis zu 4 Wochen zur Verfügung gestellt wird.

Das Kreditabkommen, das zu Vorzugszinsfähen abgeschlossen worden ist, beginnt am 28. März bzw. 1. April zu laufen. Die Rückzahlungsfrist ist auf höchstens vier Wochen festgesetzt. Es steht aber dem Reich frei, bereits zu einem früheren Termin mit der Rückzahlung zu beginnen. Dieser Modus ist gewählt worden, da dem Reich bereits am 10. April, als dem Stichtag für die Steuerzahlungen, erhebliche Beträge zufließen werden.

An dem Reichskredit sind nach unseren Informationen die vier D-Banken, die Commerz- und Privatbank, das Bankhaus Mendelssohn & Co., die Berliner Handelsgesellschaft sowie die Reichskreditgesellschaft beteiligt.

Von unterrichteter Stelle wird uns auf Anfrage die Tatsache dieses von der „B. Z.“ gemeldeten Kredites bestätigt. Übrigens ist dieser Kredit nicht identisch mit den finanziellen Hilfsmaßnahmen, die der Reichsfinanzminister vor einigen Tagen in seiner Etatsrede erwähnt hat.

Das deutsch-litauische Vertragswerk

W.D.W. Berlin, 16. März. (Tel.) Das Auswärtige Amt hat dem Reichstag einen statlichen Band zugehen lassen, der den Wortlaut und die Begründung der litauisch vom Reichsrat bereits verabschiedeten deutsch-litauischen Verträge enthält. Es handelt sich um einen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag, ein Grenzabkommen, ein Abkommen über die Grenzgenossen, eines über die Fischerei, eines über die Remeler Militärentenempfänger, einen Konsularvertrag, ein Abkommen über den Reichsübertrag und eines über die Fürsorge für die Remeler Pensionäre. Das gesamte Vertragswerk steht bereits am Montag mit auf der Tagesordnung des Reichstags.

Der Aufenthalt des Herzogs von York in Berlin

W.D.W. London, 16. März. (Tel.) Unter der Überschrift „Der Herzog von York in Berlin — ein verändertes Deutschland“ führt „Daily Chronicle“ zum Aufenthalt des zweiten Sohnes des englischen Königs in der Reichshauptstadt in einem Leitartikel aus: Es war ein glücklicher Gedanke, der den Herzog und die Herzogin von York veranlaßte, auf dem Wege nach Oslo zu den Vermählungsfeierlichkeiten im Königshaus Berlin einen inoffiziellen Besuch abzustatten. Die Stimmung in England gegenüber Deutschland und in großem Maße die Stimmung in Deutschland gegenüber Großbritannien haben das Stadium erreicht, wo man wünscht, das Vergangene zu vergessen, und es müßte ebenso natürlich für einen Briten sein, die Hauptstadt der deutschen Republik zu besuchen, wie in Paris oder New York vorzusprechen.

„Daily Chronicle“ ist überzeugt, daß das Herzogspaar aus Berlin den Eindruck mitnimmt, daß die Republik in Deutschland eine greifbare Tatsache ist. Das Blatt schließt: „Wir sind der Ansicht, daß eine engere englisch-deutsche Freundschaft (die nicht in geringsten der englisch-französischen oder der englisch-amerikanischen entgegensteht) von vitaler Bedeutung für den Fortschritt der Zivilisation und für den Frieden in Europa ist, und wir beglücken jede Episode, die in ihrer Richtung deutet.“

Verschlechterung im Befinden des Marschalls Foch

W.D.W. Paris, 16. März. (Tel.) Nach dem „Matin“ zeigt sich im Zustand des Marschalls Foch eine Verschlechterung. Besonders seine Herzaktivität hat zugenommen, und der Puls von 108 Schlägen den Ärzten gestern abend besorgnis ein.

Die Hungersnot in China

W.D.W. Nanking, 16. März. (Tel.) Der Minister für Gesundheitswesen, der im Auftrage der Regierung, die von einer Hungersnot betroffenen Provinzen Szechuan, Szechsi und Kansu bereist hat, teilt in seinem Bericht an die Zentralregierung mit, daß in Szechuan 7 1/2 Millionen, in Szechsi 6 1/2, in Kansu 2 1/2 Millionen Menschen Hunger leiden. Das bedeutet, daß in den drei genannten Provinzen mehr als 16 Millionen Menschen fast ohne Lebensmittel sind. Über die Vorschläge, die der Minister für Gesundheitswesen der Regierung zur Abhilfe der Katastrophe auf Grund seiner Reise machen sollte, ist noch nichts bekannt geworden.

Der ostpreussische Provinziallandtag nahm gegen die Stimmen der Kommunisten einen Antrag an, der die Bereitwilligkeit der Reichsregierung und der preussischen Regierung anerkennt, der abgegrenzten, wirtschaftlich schwachen Provinz Ostpreußen finanzielle Hilfe angedeihen zu lassen. Der Provinziallandtag spricht für die bisher gemachten erheblichen Leistungen zur Ostpreußenhilfe der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung wärmsten Dank aus.

* Die Finanzdebatte im Reichstag

Die Reden, die bisher im Reichstag von den Sprechern der koalitionswilligen Parteien gehalten worden sind, stehen in einem erfreulichen Gegensatz zu der Art und Weise, wie man sich vorher bei den Verhandlungen über die Koalitionsbildung verhalten hat. Wenn aus diesen Verhandlungen schließlich ein nützliches Resultat herausgesprungen wäre, würde man nachträglich über gewisse Unebenheiten kein allzu hartes Verdict fällen. Da nun die ganze Mühe umsonst gewesen ist und die beabsichtigte Koalitionsverbreiterung nicht zustande kam, hat man die fatalen Erscheinungen bei den Verhandlungen doppelt und dreifach bedauert.

Andererseits hat es in der Politik, wie auch sonst im Leben, wenig Zweck, auf Fehlern herumzureiten, die nun einmal gemacht worden sind: viel wichtiger ist es, aus den Fehlern zu lernen und die Bahn frei zu machen für eine bessere Zukunft. Anscheinend haben die Parteien, die prinzipiell koalitionsbereit sind, aus der jüngsten Vergangenheit gelernt. Die Sprecher dieser Parteien haben sich bisher so ausgedrückt, daß die Schwierigkeiten jedenfalls nicht vergrößert, sondern eher verringert worden sind. Ja, man kann geradezu sagen, daß die an der Großen Koalition interessierten Parteien sich im Laufe der letzten Tage wieder etwas nähergekommen sind.

Und zwar gilt das für die Deutsche Volkspartei, deren Reichstagsfraktion wohl nicht ohne Grund den Abgeordneten Dr. Cremer, also einen Vertreter des linken Flügels, vorschickte. Wenn die Deutsche Volkspartei bei der Haltung, wie sie durch die Rede Cremers umschrieben wird, bleibt, wird sich hoffentlich im Verlauf der Reichstagsverhandlungen der nächsten Monate ein Ausgleich anbahnen lassen. Würde die Deutsche Volkspartei von dieser Haltung abweichen und zu einer mehr oder minder offen bekannten Opposition abschwenken, dann werden wahrscheinlich die Parteien der Weimarer Koalition versuchen, zusammen mit der Bayerischen Volkspartei den Etat zu verabschieden und die notwendigen Deckungsvorlagen durchzubringen.

Was zumal die Sozialdemokraten und das Zentrum anlangt, so hat sich zwischen ihnen nach der Rede des Zentrumsabgeordneten Dr. Brüning eine politische Annäherung vollzogen, da Dr. Brüning mit aller Entschiedenheit erklärte, daß, wenn man noch weitere Abstriche am Etat macht, solche Abstriche nicht das soziale Gebiet berühren dürften, daß vielmehr unter anderem der Wehretat und der Etat des Auswärtigen Amtes die beste Gelegenheit zu solchen Abstrichen böten. Das ist eine Auffassung, die sich durchaus mit der der sozialdemokratischen Fraktion deckt.

Über einen wichtigeren Punkt taktischer Art haben sich die koalitionswilligen Parteien aber noch immer nicht geeinigt. Noch immer vertritt das Kabinett und mit ihm die Sozialdemokratie und wohl auch die demokratische Fraktion den Standpunkt, daß man erst das Kabinett der Großen Koalition bilden und ihm dann die Erledigung der notwendigen Arbeiten überlassen soll. Die Deutsche Volkspartei und bis zu einem gewissen Grad auch das Zentrum verlangen dagegen, daß man sich erst über das Programm einigt und dann das Kabinett vervollständigt. „Die Parteien werden doch nicht“, wie der Abgeordnete Cremer gestern sagte, „die Kasse im Saal laufen wollen.“

Wenn man nun die Rede des Reichsfinanzministers und die des Reichskanzlers nochmals im Zusammenhang mit den Reden der Sprecher der koalitionswilligen Parteien liest, gewinnt man den Eindruck, daß eigentlich im großen und ganzen eine ziemlich weitgehende Übereinstimmung besteht. Alle diese Parteien wollen mit dem Reichsfinanzminister, daß der Etat in Ordnung gebracht wird — dieser Etat, der schon seit 1925 dauernd in Unordnung war —, daß keine Ausgabe ohne Deckung bewilligt wird, daß man das Defizit beseitigt, und daß man spart, wo nur irgend gespart werden kann. Auch noch in einem anderen Punkte besteht Übereinstimmung, nämlich in der prinzipiellen Anerkennung der Forderung, daß die steuerliche Belastung der deutschen Wirtschaft, die nach Herrn Dr. Cremer zusammen mit den sozialen Lasten mehr als ein Drittel des gesamten Nationalvermögens ausmacht, nicht noch weiter getrieben werden darf, sondern verringert werden muß. Und auch der Reichsfinanzminister war es, der in seiner Rede mit

161
186
379
290
169
474
281
428
365
381
22
298
365
482
138
189
303
297
178
294
450
76
245
116
218
217
367
227
213
443
92
451
255
322
432
408
194
177
62
134
109
106
60
275
55
401
313
27
470
302
282
332
323
133
409
336
175
382
126
59
256
241
441
130
100
11
463
74
81
439
112
181
50
270
200

